

Sitzungsniederschrift

5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 07.12.2017	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:35 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Behrends, Kuno	SPD	
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Julia Feldmann
Frerichs, Theo	CDU	
Hoffmann, Gerhard	FW	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Lüppen, Christel	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller
Stauß, Detlef	AfD	Vertretung für Frau Ute Klopsch
Tammen, Harald	CDU	
Grundmandat		
Ubben, Hilde	AWG	
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Stimmberechtigte Mitglieder		
Cronshagen-Radtke, Ewald		
Farny-Carow, Maike		
Molitor, Tim		
Pansegrau, Ute		
Rinschede, Klaus		
Beratende Mitglieder		
Grensemann, Monika		

Gronewold, David

Herrmann, Darinka

Vertretung für Frau Frauke Jelden

Pollmann, Günter

Salge, Arne

Steuer, Markus

Störiko, Andrea Dr.

Tobiassen, Bernd

Wunsch, Jutta

Verwaltung

Berndt, Jochen

Buss, Thomas

Puchert, Dr. Frank

Nicht anwesend:

Mitglieder

Biller, Anita

SPD

Feldmann, Julia

SPD

Klopsch, Ute

AfD

Stimmberechtigte Mitglieder

Eiben, Florian

Beratende Mitglieder

Ewen, Christian

Hohensee, Maren

Jelden, Frauke

Tranel, Martin

Watermann, Kyra

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

-
1. Eröffnung der Sitzung

 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

 3. Feststellung der Tagesordnung

- | | |
|-----|--|
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.11.2017 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Vorstellung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus |
| 7. | Familiennachzug von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen |
| 8. | Beschlussfassung über die Verstetigung des Projektes „Familienlotsen“
Vorlage: IX/2017/198 |
| 9. | Beschlussfassung über das Konzept der Nutzung des Zeltplatzes auf Nor-
derney
Vorlage: IX/2017/248 |
| 10. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |
| 11. | Einwohnerfragestunde |
| 12. | Schließung der Sitzung |
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 15.00 Uhr die 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und hieß alle Anwesenden herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und das Gremium beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Abg. Jeromin-Oldewurtel merkte an, dass ihr die Beschlussvorlagen zu spät zugegangen seien bzw. sich noch immer auf dem Postweg befänden. Zudem seien in vorherigen Sitzungen die Punkte „Förderschule Großheide“ und „Projekt zur Suchtprävention“ von der Tagesordnung genommen worden. Sie bittet um Mitteilung, was damit geschehen solle.

EKR Dr. Puchert entgegnete, dass das Projekt bereits im Schulausschuss sowie im Kreistag beschlossen wurde. Dementsprechend sei kein Beschluss im Jugendhilfeausschuss notwendig. Allerdings bestünde aus anderen Bereichen des Landkreises großes Interesse am Projekt, sodass es zu einer erneuten Beschlussfassung kommen könnte. Bezug nehmend auf die Förderschule Großheide sei man bisher vielen Unwägbarkeiten ausgesetzt. Zum einen sei man auf die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Großheide und zum anderen wären die Pläne der neuen Landesregierung bezüglich der Förderschulstandorte noch unklar. Man werde den Jugendhilfeausschuss jedoch gerne zeitnah über den aktuellen Sachstand unterrichten.



Abg. Jeromin-Oldewurtel teilte mit, dass Sie auf aufgrund der zu späten Übersendung der Unterlagen sowie der damit einhergehenden fehlenden Vorbereitung der Tagesordnung nicht zustimmen werde.

Die Tagesordnung wird in der bestehenden Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0

➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.11.2017

Der Jugendhilfeausschuss beschloss einstimmig, die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.11.2017 zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen oder Fragen lagen nicht vor.

TOP 6 Vorstellung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus

Herr Jan Krieger und Herr Andrea Müller stellten anhand der anliegenden Präsentation die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus vor.

Auf Rückfrage von **Abg. Jeromin-Oldewurtel** teilte Herr Müller mit, dass die Vorfälle aus dem Landkreis Aurich an ihn herangetragen wurden.

Abg. Hoffmann erkundigte sich nach einem möglichen Austausch der Organisation mit dem Staatsschutz. **Herr Müller** erörterte daraufhin, dass Informationen nur auf Wunsch der betreuten Personen ausgetauscht würden. Allerdings würden die Anzeigen bei der Polizei schnell versickern. Auf den Einspruch von **Abg. Hoffmann** führte er weiter aus, dass dies keine Kritik an Behörden sein solle, sondern er sich wünsche, dass man in den Fällen genauer recherchiere. Es müssten alle Möglichkeiten ausgenutzt werden.

Abg. Warmulla erkundigte sich zum einen über die Zusammenarbeit der Behörden im Landkreis Aurich und zum anderen über die Verfolgung von rechten Diskussionen in sozialen Netzwerken. **Herr Krieger** und **Herr Müller** entgegneten darauf, dass Sie keine Ermittlungsbehörde seien. Man verfolge solche Diskussionen nur in Zusammenhang mit Beratungsfällen oder Hinweisen aus der Bevölkerung. **Herr Müller** ergänzte, dass der NSU-Untersuchungsausschuss gezeigt habe, dass die Verfolgung von Straftaten am effektivsten sei, sobald Polizei, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam

Verantwortung gegenüber Straftaten übernehmen. Hier bestünde im Landkreis Aurich noch Potenzial.

Abg. Tammen berichtete von seinen Erfahrungen mit rechtsextremer Gewalt als Ratsmitglied der Samtgemeinde Brookmerland. Zudem erkundigte er sich über Beratungen für linksextreme und religiöse Gewalt. **Herr Müller** lobte zunächst das Verhalten des Rates der Samtgemeinde Brookmerland. **Herr Krieger** ergänzte dass es zurzeit keine Beratung für linksextreme Gewalt gebe. Diese Thematik sei allerdings in den Koalitionsvertrag in Niedersachsen aufgenommen worden. Bei religiöser Gewalt sei eine Beratung möglich. **Herr Müller** fügte hinzu, dass man sich jederzeit mit jedem der genannten Anliegen an den Landespräventionsrat und die Mobile Betreuung wenden könne.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Präsentation der beiden Referenten.

TOP 7 Familiennachzug von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Herr Tobiassen stellte anhand der anliegenden Präsentation die Situation zum Familiennachzug von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) dar.

Auf Rückfrage von **Abg. Frerichs** teilte **Herr Tobiassen** mit dass eine Rückführung der UMF zu den Eltern nicht möglich sei, da diese in einem Kriegsgebiet leben würden. **Abg. Jeromin-Oldewurtel** zeigte sich entsetzt über die Rückfrage von Abg. Frerichs.

Abg. Hoffmann erkundigte sich, wie viele anerkannte UMF sich derzeit im Landkreis aufhalten. **Frau Walter** teilte mit, dass sich derzeit ca. 120 UMF im Landkreis Aurich aufhielten, jedoch nicht alle über einen Aufenthaltstitel verfügten.

Herr Rinschede teilte mit, dass von den 120 UMF einige im Sozialwerk Nazareth untergebracht seien. Diese wären regelmäßig bereits 16 – 17 Jahre alt. Bei Asylantragstellung fände dann immer eine Einzelfallentscheidung statt. Bei einer Ablehnung verfügten die UMF nur über eine Duldung, mit der kein Familiennachzug möglich sei. Zwischen der Antragstellung und einem positiven Bescheid lägen regelmäßig Wartezeiten von einem Jahr. Danach benötigten die Familienangehörigen ein Visum, welches nach ca. 15 Monaten ausgestellt werde. Problematisch sei in diesem Zusammenhang, dass die Möglichkeit des Familiennachzugs nur bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres bestünde. Dementsprechend käme der Familiennachzug für viele nicht mehr in Frage. Jüngere UMF seien eher die Ausnahme. In Bezug auf die eingangs gestellte Frage von Abg. Frerichs teilte er mit, dass sich viele Flüchtlinge in Auffanglagern unter schwierigen Bedingungen befänden. Eine Rückführung von Kindern dorthin stelle eindeutig eine Kindeswohlgefährdung dar.

Abg. Frerichs teilte mit, dass er nur unter familiären Aspekten nachfragen wolle.

Abg. Ubben empfand den dargestellten Verlauf als bewusste Blockierung des Familiennachzugs. **Herr Tobiassen** teilte daraufhin mit, dass es in Einzelfällen tatsächlich zu Familiennachzügen kommen würde, viele Familien allerdings über viele Jahre getrennt seien. **Herr Rinschede** ergänzte, dass so viele Familien in die Illegalität und damit in die Hände von Schleppern und Menschenhändlern getrieben würden.

Herr Tobiassen erklärte, dass die gesamte Problematik eigentlich ein bundespolitisches Problem sei. Er bat daraufhin die Abgeordneten ihre heutigen Erkenntnisse in ihren Parteien weiter zu geben.

EKR Dr. Puchert teilte mit, dass es richtig und vernünftig sei sich zu positionieren. Die Ausländerbehörde des Landkreises Aurich habe allerdings bereits versucht beim Familiennachzug unterstützend mitzuwirken. Dabei habe die Behörde kein Gehör gefunden. Dementsprechend sollten keine Erwartungen geweckt werden, die man nicht erfüllen könne.

TOP 8 **Beschlussfassung über die Verstetigung des Projektes „Familienlotsen“**
Vorlage: IX/2017/198

Frau Tanja Hinrichs stellte anhand der anliegenden Präsentation das Projekt „Familienlotsen“ vor. Frau Almuth Gerstmeier ergänzte den Vortrag um einige Praxisbeispiele und unterstrich den besseren Zugang zu Familien durch ehrenamtliche Nicht-Fachkräfte.

Abg. Warmulla erkundigte sich, was sie sich davon erhoffe, wenn alle beteiligten Stellen zusammenwirken würden. **Frau Gerstmeier** teilte daraufhin mit, dass es hauptsächlich darum ginge die Problematik für alle bewusst zu machen. **KOR Wunsch** ergänzte, dass man dabei immer an den Datenschutz des SGB VIII gebunden sei. **Frau Farny-Carow** fügte hinzu, dass Vernetzung sehr wichtig sei.

Abg. Ubben verlässt die Sitzung um 16.55 Uhr.

Abg. Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich, wie sicherstellt werde, dass bei den Einsätzen der Ehrenamtlichen nicht Fahrdienste und Babysitting durchgeführt werde. Frau Hinrichs teilte daraufhin mit, dass von jedem Einsatz eine Dokumentation erfolge und die Familienlotsen kontinuierlich geschult würden.

Abg. Frerichs verließ die Sitzung um 17.00 Uhr und kehrte um 17.05 Uhr wieder zurück. Damit verpasste er die Abstimmung.

Abg. Jeromin-Oldewurtel teilte mit, dass sie aus formellen Gründen gegen den Antrag stimmen werde. Wie eingangs erwähnt sei die Beschlussvorlage zu spät bei ihr eingegangen.

Sodann fasste der der Ausschuss folgenden Beschluss:

Das im Jahr 2014 im Rahmen des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz initiierte Modellprojekt „Familienlotsen“ wird ab dem 01. Januar 2018 als dauerhaftes ehrenamtliches Präventionsangebot verstetigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**



TOP 9 **Beschlussfassung über das Konzept der Nutzung des Zeltplatzes auf Norderney**
Vorlage: IX/2017/248

Herr Jan-Hendrik Gastmann stellte anhand der anliegenden Präsentation das Konzept zur Nutzung des Zeltplatzes auf Norderney vor.

Frau Pansegrau verließ die Sitzung um 16.10 Uhr und konnte somit nicht abstimmen.

Abg. Warmulla lobte zunächst das Engagement von Herrn Gastmann. Aus dem Vortrag heraus sei ihm noch fraglich, warum noch ein Bau notwendig sei und wieso dieser nicht zusammen mit dem Haupthaus errichtet werden konnte. **Herr Gastmann** teilte daraufhin mit, dass ein Bau für das damalige Konzept nicht notwendig gewesen sei. Zudem sei er erst nach dem Bau des neuen Hauptgebäudes zuständig für die Zeltfreizeit und habe somit erst bei seinem ersten Aufenthalt auf der Insel von dem bereits vorhandenen Fundament erfahren. Der Gedanke zu dem Seminarhaus sei ihm erst danach gekommen.

EKR Dr. Puchert ergänzte dass das bereits vorhandene Gebäude und das neue Seminarhaus nicht zusammenliegend seien. Zudem sei das neue Gebäude nicht notwendig, sofern man das alte Konzept weiter verfolgen würde.

Auf Rückfrage von **Abg. Tammen** erläuterte **Herr Gastmann**, dass man für das vorgestellte Konzept nur das Seminarhaus benötige. Weitere Investitionen seien nicht notwendig. **EKR Dr. Puchert** ergänzte, dass man mit dem Seminarhaus das volle Potenzial des Zeltplatzes ausnutzen könne.

Abg. Jeromin-Oldewurtel fühlte sich von dem Vorhaben überrumpelt. Zudem sei ihr bei der Präsentation nicht deutlich geworden, inwiefern der Naturschutz berücksichtigt worden sei. Zudem entstehe der Eindruck, dass mit dem Konzept touristische und gastronomische Strukturen entstünden. Zudem fragte sie, wie das Kochteam entlohnt werde. **Herr Gastmann** teilte mit, dass jeder Koch 15 € pro Stunde erhalte und dabei als geringfügig beschäftigt eingestellt werde. **EKR Dr. Puchert** ergänzte, dass grade das Konzept der Beherbergung von Jugendlichen in einem Naturschutzgebiet pädagogisch sinnvoll sei, um diese für einen solchen Raum zu sensibilisieren. Man wolle ausschließlich das bereits vorhandene Fundament nutzen und sich optisch an dem bereits vorhandenen Gebäude orientieren.

Abg. Albrecht zeigte sich sehr glücklich über das Angebot auf Norderney.

Auf Rückfrage von **Abg. Frerichs** teilte **Herr Gastmann** mit, dass man das Seminargebäude über elektrische Heizkörper heizen werde und dementsprechend keine fest installierte Heizung geplant werde.

Auf Rückfrage von **Frau Farny-Carow** erläuterte **Herr Gastmann**, dass das Konzept ausschließlich für Jugendliche aus dem Landkreis Aurich geplant sei. Es werde keine externe Belegung geben. Damit gebe es auch keine gastronomische und touristische Konkurrenz zu bereits vorhandenen Angeboten auf der Insel. **EKR Dr. Puchert** ergänzte, dass der Zeltplatz ausschließlich im Kontext der Jugendhilfe genutzt werde.

Auf Rückfrage von **Abg. Warmulla** erklärte **Herr Gastmann**, dass das Seminargebäude ca. 20 Meter neben dem bereits vorhandenen Gebäude läge und die Grundfläche 9 x 6 Meter betrage.

Abg. Hoffmann teilte mit, dass er das Konzept sehr überzeugend fände. Zudem freue er sich über die sehr günstige Möglichkeit für Klassenfahrten.

Auf Rückfrage von **Abg. Jeromin-Oldewurtel** teilte **EKR Dr. Puchert** mit, dass es eine Verknüpfung mit Externen geben werde. **KOR Wunsch** ergänzte, dass beispielsweise eine internationale Jugendbegegnung dort stattfinden werde.

Abg. Jeromin-Oldewurtel teilte mit, dass sie aus formellen Gründen gegen den Antrag stimmen werde. Wie eingangs erwähnt sei die Beschlussvorlage zu spät bei ihr eingegangen.

Sodann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt unter Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel das anliegende Konzept zur Nutzung des Zeltplatzes auf Norderney umzusetzen und ein Seminargebäude auf dem Gelände zu errichten.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 10 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 11 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen oder Fragen lagen nicht vor.

TOP 12 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 17.35 Uhr die 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und wünschte allen Anwesenden eine schöne Adventszeit sowie alles Gute für den bevorstehenden Jahreswechsel.

gez. Behrends
Vorsitzender

gez. Berndt
Protokollführer